



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

383 (22.8.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-212513](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-212513)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Belegpreis: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus in der laufenden Woche Mark 500.000. — freibleibend, nachhergehenden sechs Wochen. Postgebühren Nr. 17.500. —  
Kontakts. — Hauptredaktion: Mannheim, E. 6. 2. —  
Verlags- und Druckerei: Mannheimer Druckerei- und Verlagsanstalt, Mannheim, E. 6. 2. —  
Telefon Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Mannheimer Nachrichten. Erscheint täglich ausser an Feiertagen.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile M. 100.000. —, bei Monatszahlung M. 400.000. —. Alles andere laut Tarif. Anzeigenpreis: Mittagsblatt vom 21. bis 23. August, Abendblatt vom 24. bis 26. August, alle anderen an bestimmten Tagen. Stellen u. Ausgeb. wird keine Verantwortung übernommen. Geschäfts-Verbindungen, u. a. m. werden nicht angenommen. Anzeigenpreis: bei Vorauszahlung Grundpreis je Zeile M. 100.000. —, bei Monatszahlung M. 400.000. —. Alles andere laut Tarif. Anzeigenpreis: Mittagsblatt vom 21. bis 23. August, Abendblatt vom 24. bis 26. August, alle anderen an bestimmten Tagen. Stellen u. Ausgeb. wird keine Verantwortung übernommen. Geschäfts-Verbindungen, u. a. m. werden nicht angenommen.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Gesetz und Recht — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

### Die französische Antwortnote Gesamtverpflichtung Deutschlands: 50 Milliarden Goldmark ohne die amerikanischen Ansprüche

#### Nach der Uebergabe

London, 22. August.

Die französische Antwort auf die britische Note ist gestern Abend 8 Uhr im Foreign Office eingegangen.

Einer Wäutermeldung zufolge wird die französische Antwortnote nach ihrer Ankunft in London bei den Kabinettsmitgliedern zirkulieren. Der Premierminister wird entscheiden, ob die Einberufung des Ministerrats zur Erwägung einer etwaigen Antwort notwendig ist oder nicht.

Die französische Antwort auf die englische Note wird heute zwischen 9 und 10 Uhr vormittags den Pressevertretern in Paris übergeben werden. Das Gelbbuch mit dem völligen Wortlaut der Antwortnote soll im Lauf des Vormittags ausgegeben werden.

#### Eine offizielle Auskunft des Quai d'Orsay

Der Pariser Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ übermittelt seinem Blatt als offizielle Auskunft vom Quai d'Orsay: Die französische Regierung hoffe zuversichtlich, daß diese Vorlegung die Grundlage für eine englisch-französische Verhandlung angesehen würde. Die Antwort soll keineswegs das letzte Wort Frankreichs darstellen. Sie enthalte, soweit die Garantien und Zahlungssicherheiten in Frage kommen, wenigstens Anregungen. Frankreich sei zur Aussprache über einen ernstlichen Vorschlag von anderer Seite bereit, falls Sicherheiten vorgeschlagen würden, die Frankreich als gleichwertig mit der von ihm verlangten Sicherheit anerkennen kann, oder falls andere Zahlungssicherheiten geboten würden, von denen Frankreich sich die gleichen Ergebnisse verspreche, wie von Zahlungsarten, die es selber vorschlägt, so würde Frankreich auf seinen Anregungen nicht bestehen, auch auf den von ihm beschiedenen, sagen. Vänderen nicht, falls ihm gleichwertige Pfänder anderer Art geboten würden. Uebrigens ist nach diesem offiziellen Botschaft Frankreich zu weitgehenden Entgegenkommen bereit, sobald England sich bereit zeige, die französische Note als Verhandlungsbasis anzunehmen und dadurch die unverrückbaren Grundzüge der Politik Frankreichs anzuerkennen.

Diese Grundzüge sind bekanntlich: keine Verhandlungen mit Deutschland vor Einstellung des passiven Widerstandes, keine Verobliegenheit des französischen Anteils an den deutschen Zahlungen, die Summe von 26 Milliarden Goldmark unter Vorbehalt der späteren Anforderung besiegten Beitrags, den Amerika eventuell von Frankreich anfordern wird, schließlich Bildung von produktiven Pändern, wie sie zur Garantierung von Anleihen dienen könnten.

#### Der wesentliche Inhalt der Note

In einem Beisatzteil gibt der „Temps“ der Hoffnung Ausdruck, daß die englische Diplomatie nicht ein neues juristisches Machtwort werde, und daß die Zeit der Dialektik mit der heutigen französischen Note abgeschlossen sein werde. In dieser Hoffnung aber würden alle auf beiden Seiten des Kanals, die guten Willens seien, die Frage aufwerfen: Was wird jetzt geschehen? Die französische Note und ihr Anfang enthalten drei Arten von Aussagen:

1. Man finde hier zunächst die Gründe, die die Politik Frankreichs Deutschland gegenüber rechtfertigen.
2. Seien in der Note Legitimation und die Tatsachen aufgeführt, die Punkt für Punkt die Beweisführung der letzten englischen Note widerlegen.
3. Erinnere Poincaré daran, daß er die Grundlagen einer völligen Lösung bereits umrissen habe. Diese Grundlagen seien es natürlich in erster Linie, die jedermann, der zu einem positiven Ergebnis kommen wolle, interessieren müßten.

#### Wieviel verlange Frankreich?

Es verlange für keine Reparationen die Zahlungen, die im Januar 26 Milliarden Goldmark gegenwärtigen Wertes betragen. Frankreich werde keine darüber hinausgehende Forderung an Deutschland nur in dem Maße geltend machen, in dem es durch die Anforderungen seiner eigenen Gläubiger England und die Vereinigten Staaten gezwungen sein werde.

#### Wie erwarte Frankreich bezahlt zu werden?

Poincaré habe das bereits in dem Stück 26 des letzten Gelbbuchs angezeigt, und seine heutige Note könne sich nur auf dieses Dokument, das das Datum des 10. Juni trage, beziehen.

#### Wie denke Frankreich sich die Möglichkeit der Regelung des Ruhrkonflikts?

Poincaré habe das bereits in seinen Instruktionen vom 14. Juni (Dokument 25 des letzten Gelbbuchs) ausgesprochen. Die heutige Note könne auch in diesem Falle sich nur auf dieses Dokument beziehen. Wenn man so die Grundlagen, die die französische Regierung festgelegt habe, sich anlehe, so mache man sobald zwei Feststellungen. Zunächst die, daß es überflüssig sei, noch einmal zu sprechen über die Festschließung der deutschen Schuld, über die Bewertung der Zahlungsmittel Deutschlands usw. Dann, da der französische Anspruch nicht unter 26 Milliarden herabgesetzt werden könne, der belgische nicht unter 5 und der englische nicht unter 14,2 Milliarden, so sei es schon jetzt klar, daß der Betrag der deutschen Schuld ungefahr feststehe. Er werde in der Höhe von 50 Milliarden Goldmark

liegen, vorbehaltlich der amerikanischen Ansprüche, da niemand, mit den Vereinigten Staaten angefangen, an der frühzeitigen Feststellung ein Interesse hätte. Die zweite Feststellung, die man mache, sei folgende: Die einzig wirklich dringende Frage sei, die Mittel der Zahlung ausfindig zu machen. Wenn man sich über die Mittel zur Abheilung der Reparationsschuld grundlegend verständigen würde und die angemessenen Weisende sofort zum Teil anwenden könnte, so wäre mit demselben Augenblick der Ruhrkonflikt beseitigt.

#### Poincarés Zahlungsprogramm

vom 10. Juni ist in den Instruktionen an den Grafen St. Austre enthalten. In die neue Note selbst ist dieses Programm übrigens nicht aufgenommen. Die französische Regierung, sagt darüber der „Temps“, habe keine Wiederholung für inopportun gehalten, einmal weil die englische Regierung sich dazu nicht geäußert habe, dann aber weil die neue deutsche Regierung bisher keinerlei politische Vorschläge gemacht habe. Poincaré will bekanntlich eine Anzahl sofort realisierbarer Einnahmequellen haben. Darunter sollen sich befinden:

1. Die Eisenbahnen des linken Rheinufers sollen an eine Gesellschaft übertragen werden, an der Frankreich, Belgien und die Rheinlande beteiligt würden.
2. Die deutsche Schwerindustrie soll einen beträchtlichen Teil der Reparationen übernehmen. Eine Anzahl Kohlenzechen des Ruhrreviers seien vom Reich zu enteignen und an eine Gesellschaft auf gleicher Grundlage zu übertragen.
3. Sachleistungen seien wieder aufzunehmen.
4. Deutsche Zölle in Gold oder Goldwert seien den Alliierten auszuliefern.
5. Ein Prozentsatz der aus dem Verkauf gewisser Einfuhrwaren der Großindustrie eingehenden Devisen sei an die Alliierten abzuliefern. Dieser Prozentsatz soll 26 vom Hundert betragen, jedoch den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft angepasst werden.

In den besiegten Gebieten erfolgt sowohl die Erhebung der Zölle wie der Prozentsatz der Devisenabgabe durch die Alliierten selbst.

#### Der Kommentar des Temps

Im zum Schluß: Die französische Regierung habe zweifellos bedauert, nicht glauben zu können, daß die gegenwärtige Lage es ihr gestatte, diese Anregungen in ihrer heutigen Note weiter zu entwickeln, habe sich doch die englische Diplomatie über dieses französische Programm vom 10. Juni noch nicht ausgesprochen. Ebenso wenig habe das neue deutsche Ministerium, seitdem es zur Macht gekommen sei, irgend einen Vorschlag gemacht. Die französische Regierung müsse sich daher fragen, ob sie, indem sie sich in Einzelheiten einlasse, bevor die Grundzüge angenommen worden wären, wirklich einen Fortschritt in der Diskussion herbeiführen würde. Er erwartet von Deutschland Vorschläge, die zur Befriedigung Europas und zur Gesundung der deutschen Finanzen führen. Vorher müsse allerdings der Ruhrkonflikt gelöst sein. (Eine wichtige Voraussetzung, die dem französischen Blatt gewiß nur aus Versehen entfällt ist) Der „Temps“ sagt: Alle Maßnahmen zur Befriedigung des deutschen Notenumlaufes seien hinreichend, solange die Schwierigkeiten nicht aus der Welt geschafft würden. Der „Temps“ wendet sich dem gegen die englische Forderung nach einer Ueberwindung der deutschen Finanzen durch eine internationale Kontrolle. Diese sei längst als illusorisch erkannt. Gegenüber einer Vollstreckung deutscher Jahreszahlungen in Goldmark würde es Frankreich, wie weiter betont wird, vorziehen, deutsche Schuldenverschreibungen entgegenzunehmen. England solle auf beide französischen Forderungen hin Zustimmung geben.

#### Der erste Eindruck

Die Deutsche Wlt. Ztg. sieht ähnlich wie die englischen Blätter, den Eindruck dahin zusammen, daß man es weder mit Sensationen noch mit einem konstruktiven Programm zu tun hat. Das Hauptgewicht liegt auf der negativen Polemik gegen die Argumente der englischen Note. Und die Frankf. Ztg. sagt:

Ein Urteil über die neue französische Note wird erst möglich sein, wenn eine genauere Inhaltsangabe oder der Wortlaut vorliegt. Die früheren Instruktionen Poincarés an den Botschafter in London, zeigen deutlich, welche Absichten hinter diesem „Reparationsprogramm“ verborgen sind. Herr Poincaré ist es keineswegs um eine Sanierung der deutschen Finanzen zu tun, welche die Zahlungen ermöglichen soll. Das zeigt der Griff nach den rheinischen Eisenbahnen und nach den Ruhrgruben. Das zeigt auch der Umstand, daß er sich um die von Deutschland angebotenen Garantien niemals gekümmert und jedes deutsche Angebot abgelehnt hat, um seine eigenen Absichten planmäßig durchzuführen. Immerhin sieht es nicht so aus, als ob er der englischen Regierung jedes Wort der Entgegnung abschneiden wollte. Vor allem wird es darauf ankommen, ob die Note in der Frage des passiven Widerstandes etwas neues bringt. Denn solange die französische Regierung sich hierin nicht zu einer klaren Haltung entschließt, mit der Deutschland einverstanden sein kann, wird der erste Punkt nicht überwunden werden können.

#### Die belgische Antwort

Nach einer Haasmeldung aus Brüssel teilt „Etoile Belge“ mit, daß die belgische Antwort Poincarés am Mittwoch abend überreicht werden wird. Donnerstag werde ihre Uebergabe in London erfolgen. Die Antwort werde sich um die Frage der belgischen Priorität beschäftigen und daran erinnern, was Belgien bisher an Reparationen erhalten habe. Was die Ruhrbesetzung und die Gefestigung der Besetzung betreffe, so glaube das Blatt zu wissen, daß die belgische Regierung von neuem betonen werde, daß das Ruhrgebiet für Belgien nur ein Pfand und ein Druckmittel auf den Schuldner darstelle. Die belgische Antwort werde sich vor allem an die Tatsache halten, daß England in der letzten Note zum ersten Male die Höhe dessen festgelegt habe, was es noch an Reparationen zu erhalten hoffe. Diese Tatsache könne nach Ansicht der belgischen Regierung die Fortsetzung der Verhandlungen am möglich machen. „Etoile Belge“ sagt dann weiter, daß man in ministeriellen Kreisen sehr optimistisch sei und glaube, daß die Verhandlungen weiter gehen könnten.

#### Amerikas Passivität

Nach Meldungen aus London hat sich der amerikanische Schatzsekretär Mellon nach seiner Rückkehr aus Europa sehr pessimistisch geäußert. Europa bleibe politisch und wirtschaftlich ein sehr düsteres Bild. Eine unmittelbar bevorstehende Lösung des Ruhrproblems halte er für unwahrscheinlich, da die französische Regierung von der öffentlichen Meinung und den Bankiers in Frankreich unterstützt werde. Der Augenblick sei für eine Wirksamkeit der Vereinigten Staaten noch nicht vorhanden. (Was ein immerhin recht beachtlicher Standpunkt ist!)

#### Der angebliche französische Kurs

Es hat Leute gegeben, die schon im voraus zu berichten suchten, daß die Regierung Stresemann eine große Geste nach Frankreich machen und die Politik so zu sagen auf einen französischen Kurs einstellen werde. Worauf sich diese Fantastien — denn um solche handelt es sich — gründeten, ist niemals bekannt geworden. Die bisherige politische Arbeit Dr. Stresemanns, insbesondere seine Tätigkeit als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hat dazu wahrlich nicht im geringsten Anlaß gegeben. Wohin könnte uns auch ein solcher französischer Kurs führen? Doch nur dahin, daß wir England, das sich immerhin in bemerkenswerter Weise festgesetzt hat, bristieren und bei der Unverhältnißlichkeit Frankreichs, bald allein auf weiter Flur ständen. Das neue Kabinett wird keine französische und auch keine englische Politik machen, sondern deutsche. Die deutsche Politik hat es auch in der Reparationsfrage nicht nur mit England, nicht nur mit Frankreich, nicht nur mit Italien, sondern mit der Gesamtheit der Alliierten zu tun und hat darauf ihre Maßnahmen und ihre Entscheidungen einzustellen. Reigt die englische Politik Verhältnisse die durch den französischen Ruhrreuebruch herausgeforderten europäischen Beziehungen, so fehlt es doch in Frankreich entschieden noch an jeder sachlichen Einstellung, die doch Voraussetzung für eine Ueberwindung der Haltung Deutschlands sein müßte. Der jämliche Kinnel des „Temps“ auf die Abschnitte 23 und 25 des französischen Gelbbuchs ist nicht geeignet, irgendwelche optimistische Erwartungen aufkommen zu lassen; denn gerade in diesen Ausführungen wird gefordert, daß Frankreich während eines etwa Deutschland zu gewährenden Moratoriums sich der Leistung der rheinisch-westfälischen Wirtschaft verschere, die rheinischen Eisenbahnen in französische Regie nehme und Beldisa auf die deutschen Gruben lege, und zwar nicht nur auf fiskalische, sondern auch auf private. Unter solchen Umständen könnte die Unabständigkeit des Rheinlandes bestenfalls eine formale, niemals aber eine tatsächliche sein. Wer die Hand auf der Wirtschaft hat, beherrscht auch die Politik. Vor allem aber spricht das französische Gelbbuch nicht von der Uebergabe des Ruhrgebietes an Deutschland, sondern lehnt sich nicht zu sagen, daß Frankreich sich vorbehalten müsse, zu entscheiden, welchen deutschen Beamten es die Rückkehr in das Ruhrgebiet gestatte, welche Gefanonen es zu beandeln erdenke usw. Das sind Forderungen, auf die keine deutsche Regierung eingehen kann und einsehen wird, die es aber verhängnisvoll macht, daß man auch in England immer offener die Gefahren des von Frankreich gezielten und bezahlten rheinischen Separatismus an gibt. Beharrt Frankreich unerbittlich auf dem einseitigen Standpunkt, dann wird es ganz Europa ins Verderben reißen; aber es wird nicht erwarten dürfen, daß ihm eine deutsche Regierung bei diesem Verhängniswert noch hilft. Das neue Kabinett, das sich selbst als „das härteste Kabinett gegen jeden Gedanken der Vereinnahmung Deutschlands“ bezeichnet hat, weiß bestimmt, daß das ganze deutsche Volk und insbesondere alle Koalitionsparteien hinter ihm stehen, wenn es an Rhein und Ruhr die deutsche Zukunft verteidigt.

#### Heute gegen Stresemann in Paris

Das von der Pariser Presse erwartete Einlenken des Kabinetts Stresemann ist ausgeblieben, was die heftigsten Angriffe der Presse gegen den neuen Reichkanzler zur Folge hat. Hauptächlich sind es „Journé industrielle“ und „Temps“, die gegen Stresemann hetzen. Das Blatt der Schwerindustrie liebt die Hege in eine Kritik an der französischen Regierung, die des „Temps“ dagegen ist seiner Tradition gemäß maßlos. „Journé industrielle“ wirft der französischen Regierung vor, die offiziellen Berichte hätten zweifellos seit 6 Monaten eine übertriebene Tendenz, wenn sie glauben machen wollten, daß der Widerstand im Ruhrgebiet durch das Kabinett Cuno verlockert werde und nach dessen Sturz die Eröffnung einer Unterhaltung nicht lange auf sich warten lassen werde. In Wirklichkeit könne Stresemann, weil er in den Augen der Rationalisten verdächtig sei, nur auf Umwegen mandorieren.

Der „Temps“ nimmt das Interview, das er einem Vertreter des „Hannoverschen Kurier“ gewährte, zum Anlaß seiner Hege. Der „Temps“ glaubt den Vorwurf, daß Frankreich gegen die Geste der Menschlichkeit verstoße, zurückweisen zu müssen mit der Behauptung, daß Maßnahmen wegen der Angriffe auf die Besatzungstruppen gerechtfertigt seien. Im übrigen seien die Maßnahmen von der Rheinlandskommission ausgegangen. Der Kurier habe sich noch einmiger Ueberlegung nunmehr offen zur Offenlie gegen die französische Regierung entschlossen. Er habe Frankreich zu einer prinzipiellen Diskussion über das Verhältnis zwischen Besiegten und Siegern gezwungen.

#### Ein unparteiischer Angriff auf die interalliierte Reparationspolitik

Das wissenschaftliche Institut der Carnegie-Gesellschaft veröffentlicht den ersten Band seiner Untersuchung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Das Buch, das den Direktor des Instituts Professor G. H. Rowland und seinen Gehilfen Mr. Guire zum Verfasser hat, kritisiert, wie die europäischen Nationalitäten bisher die Reparationsfrage behandelt haben. Was hat Deutschland bisher an Reparationen bezahlt? Die Reparationskommission sagt: 8 1/2 Milliarden Goldmark, Deutschland bezahlt: 44 Milliarden Goldmark. Aufgrund unparteiischer Ueberschätzung der von beiden Parteien veröffentlichten Unterlagen rechnen die Verfasser mit 25 bis 26 Milliarden Goldmark. Sie halten ferner den Standpunkt Deutschlands über die Anrechnung des im Ausland beschlagnahmten und liquidierten Vermögens Reichsdeutscher, welche die deutschen Regierungen mit 12,7 Milliarden Goldmark gutgeschrieben haben wollten, während die Reparationskommission dies verweigert und erst die Beendigung der Liquidation abwarten will. Auch bei der Abschätzung der Sachlieferungen billigen sie den deutschen Standpunkt. Während die Entente im allgemeinen einen Preis zugrunde legt, den sie ungünstigen Falles bei einer Auktion erzielen haben würde, hat Deutschland den Wert angelehnt, den die Gegenstände zur Zeit der Ablieferung in Deutschland hatten. Deutschland stellt die Handelsflotte mit 5,75 Milliarden Goldmark in Rechnung, während die Entente nur 3 1/2 Milliarden Goldmark anerkennen will. Die amerikanische Unternehmung errechnet den Wert auf 3 1/2 Milliarden Goldmark und brandmarkt mit beschränkter Schärfe das willkürliche Vorgehen der Entente, die einerseits die von Deutschlands verkauften Schiffe zu höchsten Kriegspreisen einseht, andererseits die von Deutschland abgenommenen Schiffe mit niedrigstem Auktionspreis im Jahre 1921/1922 errechnet.

Bei Betrachtung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands kommen die Verfasser zu dem Schluß, daß bei passiver Zahlungsbilanz Deutschland so gut wie gar nichts bezahlen kann. Die Aussichten für eine aktive Zahlungsbilanz erscheinen ihnen aber sehr ungünstig, da Deutschland nach ihren Berechnungen zum mindesten für 14 Milliarden Goldmark einführen muß, um seine gegenwärtige Bedrohung am Leben erhalten und seine Volkswirtschaft und Leistungsfähigkeit wieder zu erreichen und sein Handel wieder erholen zu lassen.



Ein Appell an Baldwin

Die englische Liga für den Völkerverbund richtet, wie aus London gemeldet wird, einen Brief an Baldwin, in dem sie die Regierung auffordert, angesichts der Befreiung des Westens durch die Befreiung des Ruhrgebietes in der Vollversammlung des Völkerverbundes in Genf aufgrund des Artikels II, die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland zur Kenntnis des Völkerverbundes zu bringen...

Die Völkerverbundler erwarten ferner, daß die englische Regierung nicht unversucht lassen werde, um die baldige Verabschiedung eines Friedenspaktes und eines Abrüstungsvertrages durchzuführen. Dieser Appell an Baldwin soll die Billigung des Sekretariats des Völkerverbundes haben. Der Völkerverbund tritt am 30. August in Genf zusammen. U. a. soll bei der Gelegenheit die Finanzlage des Freistaates Dänzig, sowie die zwischen Dänzig und Polen schwebenden Fragen erörtert werden. Ferner einige Fragen, die das Saargebiet betreffen.

Kosten und die Reparationsfrage

Das Blatt „Giornale d'Italia“ veröffentlicht einen Artikel über die Reparationsfrage und die Frage der internationalen Schulden. Zwischen dem englischen Standpunkt, der die Notwendigkeit verteidigt, die Kosten Deutschlands zu verringern, und dem italienischen Standpunkt, der die Verringerung auch mit der Notwendigkeit der Verringerung der Kriegsschulden Italiens und Frankreichs verbunden wissen will, sei ein Kompromiß leicht möglich, allerdings unter der Voraussetzung, daß auf beiden Seiten die Bereitwilligkeit bestehe, die Ziffern abzuändern.

Die Lage im Ruhrgebiet

Verhärterung der Truppen

Einmündend zur schärferen Durchführung der Verkehrsverträge wurden die französischen Truppen an der Ostgrenze des Einbruchgebietes in den letzten Tagen erheblich verhärtet. Zum Teil strengen Verhärterungen nach. Die Kontrolle wird äußerlich streng und rücksichtslos abhandelt. Wie einmündend festgestellt wurde, befinden sich beim französischen Infanterieregiment Nr. 150 in Weßhofen 14 000 Soldaten.

Neue Zechenbefehle

Die Franzosen befehlen die Zechen „Bruchbrunn“ in Lauenburg. Der Betriebsführer Over wurde verhaftet. Die Befehle trat in einen Protestbrief. Ebenso wurden die Zechen Lauenburg, Gottfried-Wilhelm, Köln, Neu-Ellen und Rudwig befehlt. Auf der Zeche Rhein-Elbe haben die Franzosen einen großen Teil der Büroeinrichtungen, Schreibmaschinen usw. gestohlen.

Unerschützte Raubzüge

Nach dem unbeladenen Dtz Horstmar bei Sänen kamen neuerdings mehrfach Franzosen, die den Frauen die Trauringe von den Fingern rauben, Butter aus den Köchen nehmen und alle möglichen Diebstähle begehen. Sie kehren dann wieder ins beladene Gebiet zurück.

In Rothhausen haben die Franzosen die Besitzer von Kartoffelfeldern an Ausgrabungen von Kartoffeln mit der Begründung gehindert, daß die Kartoffeln beschlagnahmt seien. Es herrscht in der Bevölkerung große Erregung.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf sind 35 Millionen Mark in Düsseldorf weggenommen worden. Eine weitere Summe von 45 Millionen Mark ist in Krefeld an der Nähe von Bomm weggenommen worden.

Sperrung über die Kohlenbestände

Nach einer Haasmeldung aus Düsseldorf hat General De Gante einen Erlass herausgegeben, durch den in allen Gruben, die bisher keine Kohlensteuer bezahlt oder keine Lieferungen geleistet haben, Kohle und seine Nebenprodukte zu Gunsten der alliierten Mächte gesperrt werden. Jeder Eingriff in die so gesperrten Bestände wird mit einer Geldstrafe in doppelter Höhe des angenommenen Kohle- oder Nebenproduktes bis zu 5 Jahren bestraft.

Ein Ruhrfilm

Am Dienstagabend fand in den Kammersälen des Südwestens in Berlin eine Rundschau für die besetzten Gebiete statt, die vom Verein der periodischen Zeitschriften „Der Rhein“ veranstaltet worden war, und ihr besonderes Interesse dadurch erhielt, daß hier zum ersten Mal ein Ruhrfilm vorgeführt wurde. In einer außerordentlich lebhaften, in der er das Hinterland zum Durchbruch aufzubrechen, hob Frhr. v. Redem, der Leiter der Zeitschrift, die großen Gefahren und Schwierigkeiten hervor, unter denen dieser Film, der den Titel „Die Ruhrschande“ trägt, zustandekommen ist. Von den tapferen Operatoren seien zwei im Ruhrgebiet. Selbstverständlich kann der Film nur einigermassen aus dem Leiden der Franzosen ablesen, allein die wenigen Bilder, die die Operateure erhalten konnten, lassen die brutale Methode der Befragung deutlich erkennen.

Am 22. August. Bei der Besatzung eines Depots wurde ein Schloffer der Eisenbahnwerkstätte in Witten von den Besatzungstruppen erschossen. Einzelheiten fehlen noch.

Augenblicksbilder aus Petersburg

Petrograd, Anfang August 1923.

Die Straße in Petersburg ist ein Orkan, verhärtet und gepöbeltes Holzgitter, die Häuserfassaden abgefallen und verwittert. Fenster vernagelt, keine Dienstboten durch Treppen und Schwellen geführt. Die oberen Stockwerke meist verlassen, die Häuser haben nicht dicht, Hauseigentümer ist der Staat. Koch im Vorjahr die Keller überflutet und verpestet, jetzt geht die Kanalisation wieder. Auf sie und die Wasserleitung und den elektrischen Strom ist man sehr stolz. Auch der Fremdling führt den Einbruch solcher Erregungen schloffen. Es ist halt alles relativ im Leben.

Wir stehen vor Peter dem Großen, wie er den heißen Granitstein seines Denkmals hinonsprenkt. Die goldene Inschrift mit dem Hohen: „Petro Rogno Gajarina II“ ist gestohlen, nur schwarze Spuren bezeichnen die Buchstaben. Auch ein Dokument der Zeit. Anderswo bestiehlt man Gabelgabel und Nähnennungen. Der Hohn umher ist vermindert, das Gros nicht gemüht, die Umgestaltung gebrochen.

Das Winterpalais liegt in tiefem Schweigen, der prächtige dunkelrote Sandsteinbau mit dem herrlichen Figurenschmuck wird jetzt durch einen Bogen mit der Granitlage verbunden, der berühmten Kunstschmückung der Farnen. Es ist geplant, diese prächtige erhaltene Prachtbauung noch zu erweitern, den ersten Stock des Winterpalais hinzuzunehmen und so einen nordischen Bauwerk zu schaffen. Sehr ehrgeizig, der Lomonski (Genosse) Bauwerk, der Volkstommiar für Kunst, Erziehung und Wissenschaft. Aber so wären alle diese von Dada, Tizians usw., diese goldenen und silbernen Prachtgeräte, wenn sie nicht 1918 aus Angst vor der Bolschewik-Armee nach Moskau verbracht und im Kremli feierlich gelagert worden wären? Aber immerhin, was zu loben ist, sei gelobt.

„Sehen Sie“, sagt mir der eifrige Kurieragent, mit dem ich in dieser Diskussion über Verdienste und Aussehen des Kommunismus befaßt bin, „das ist nicht das Einzige! Was hat der Kommunismus alles mit der Volksbildung erreicht! Früher war da nichts, und jetzt kann alles schreiben und lesen, jeder Soldat der roten Armee kann schreiben und lesen! Er sieht mich triumphierend an, seine Begeisterung scheint ehrlich.“

„Hören Sie nur“, brummt der dicke V. neben uns, der das schon alles kennt. Die Schulen waren verrotten, wenn die Kreis nicht alle Lehrer durch Hunger zum Verlassen des Kommunismus gezwungen und unter dieser Bedingung wieder zugelassen hätten. Von Romasche keine Rede, alles Fortkriegerlehrer. Und die Arme?

Reichsminister Sellmann über Sachsen und Bayern

Der neue Reichsminister des Innern Sellmann empfing einen Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ zu einer Aussprache über die politische Lage. Der Minister stellte fest, daß die Hauptaufgabe der neuen Regierung war und ist, eine Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen. Eine völlige Gesundung der Verhältnisse könne jedoch nur von der Währungs- und wirtschaftspolitischen Seite kommen, und es sei klar, daß der Reichsregierung eine größere Menge von Devissen zur Verfügung gestellt werden müsse, um ein weiteres Ansteigen des Dollars zu verhindern und die notwendigen Anläufe im Ausland zu betreiben und um neue Leasingmaßnahmen zu vermeiden.

Die drohende Lage in Teilen des Freistaats und der Provinz Sachsen bilden den Gegenstand einer Aussprache zwischen dem Reichsminister Dr. Sellmann, dem sächsischen Ministerpräsidenten und dem Reichsminister des Innern. Ueber diese Aussprache äußerte sich Minister Sellmann, es habe sich gezeigt, daß die sächsische Regierung den Willen und die Macht habe, gegen ungeliebliche Handlungen einzuschreiten. Die Verhältnisse in Sachsen hätten sich seitdem gebessert. Für die Zukunft sei zu hoffen und zu wünschen, daß der politisch und wirtschaftlich gesunde Teil der Arbeiterschaft sich gegen solche Ausdehnungen mehr zur Wehr setze als es bisher geschehen sei; da durch Unruhen alles nur verschlechtert werde, müsse der besonnene Teil der Arbeiterschaft dafür sorgen, daß die Unruhestifter zurückgedrängt würden. Von der Reichsregierung könne gegen etwaige Unruhen in den Ländern nicht in dem Umfang eingegriffen werden, wie es von vielen Seiten verlangt worden sei.

Reichsminister Sellmann wandte sich dann gegen das Mißtrauen, das man ihm in Bayern entgegenbringe und von dem nicht zu sagen sei, ob es sich gegen seine Person oder gegen die Partei richte, der er angehöre. Sellmann verwies darauf, daß er aus dem jetzt bayrischen Coburg komme und daß er 26 Jahre im Rheinland gewirkt habe. Schon seine Vergangenheit beweise also, daß die Behauptung bayrischer Blätter, daß nimmermehr zentralistische Experimente kommen würden, unhaltbar sei. Im Reichsinnenministerium sei von solchen Vätern nichts bekannt. Das wichtigste Ziel sei die Erhaltung der Einheit des Reichs. Man solle in Bayern die neue Regierung nicht mit Mißtrauen beäugen, sondern ihr Zeit zur Tätigkeit lassen.

Wie verlautet, hat der neue Reichsminister des Innern Sellmann den Sekretär des Amtes, den rechtslebenden Freiherrn von Weiser, aufgefordert, sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

Die „Börsen Zeitung“ läßt sich aus München melden, man erwartet dort für die nächsten Tage eine Aussprache zwischen Dr. Stresemann und v. Kauffing. Voraussichtlich würde der Kanzler und der bayrische Ministerpräsident demnächst in einem bayrischen Gebirgsort sich treffen.

Deutsches Reich

Die neuen wirtschaftlichen Notmaßnahmen

Die Besprechungen des Kanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen haben gestern noch nicht stattgefunden. Eine Anzahl der Herren, deren Anwesenheit bei den Besprechungen erwünscht ist, war nicht zur Stelle, und so soll die Konferenz erst im Laufe des heutigen Tages stattfinden. Heute früh sollen Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken gehört werden. Die Berechnungen, die bei der Gelegenheit erörtert werden, sollen voraussichtlich sofort nach Abschluß der Besprechungen, also wahrscheinlich noch heute abend, veröffentlicht werden. Die vereinigten Ausschüsse des Reichstags sollen bereits heute vertraulich über den Inhalt der Verordnung informiert werden.

Ueber die Beschlüsse der Kabinettsitzung vom Montag glaubt eine Korrespondenz früherer Nachrichten beständig, mitteilen zu können, vornehmlich sei die Schaffung eines Devisenfonds zur Sicherung der Ernährung und zur Stärkung der Mark beabsichtigt worden. Daneben wurde die Frage der Kohlenverförmung behandelt. Mit einem völligen Fortfall der Kohlensteuer hätte man sich nicht befassen können, dagegen sei als Mittel gegen weitere Kohlenpreissteigerungen eine Wertbeständigmachung der künftigen Kohlenpreise vorgesehen. Auf diese Weise würden die Zechen künftig den vollen Gegenwert der von ihnen geleisteten Kohlenleistungen bekommen, während nach dem bisherigen System die Zahlungen meist erst zwei Wochen nach den Lieferungen geübt werden.

Eine Warnung und Mahnung Stegerwalds

Vor einem geladenen Kreise politischer Persönlichkeiten hielt Ministerpräsident v. D. Stegerwald einen Vortrag über die politische Lage. Nach dem „Korrespondenten“, der sehr ausführlich darüber berichtet, kam Stegerwald zu folgendem Schluß: Wenn die Regierung der großen Koalition verfaßt, dann besteht die große Gefahr, daß sich die Verarmung des deutschen Volkes bemächtigt. Nur Schwärmer und Utopisten können von einer Diktatur Errettung erhoffen. Das Gebot der Stunde erfordert unbedingte allseitige Unterstützung der gegenwärtigen Koalition.

Reichsbankdirektorium und Betriebsrat

Der Streit zwischen dem Reichsbankdirektorium und seinem Betriebsrat dauert noch an. Das Reichsbankdirektorium hat dem Arbeitsministerium auf seine Vermittlungsgang geantwortet.

Wenn Meldung richtig ist, wieviel Anzughelmen im Bataillon sind, werden diese abkommandiert. Dann kann der Kommandeur stolz melden: „Anzughelmen: keine!“

Unser kommunistischer Freund Schweigi getötet.

Auf dem Tisch vor unserem kleinen Kreise ein seltsames Wahl. Eine dicke Dose Kaspar macht den Anfang (nicht ganz so schön wie früher, der „schlagolozare“ rentiert sich jetzt nicht, der Transport ist zu langsam). Nächstes Süddeutsches, ein Reichsweinebraten, Spargel, Nudeln, viel Wein, viel Bier, viel Cognac. O armer Bruder vom russischen Volk, du warst des Nihilismus nicht mehr so gewohnt, du lebst die Sonne nicht mehr untergehen um 11 Uhr nachts und wieder aufgehen um 1 Uhr morgens, du hingst der Kopf auf die Brust, als du um vier im Auto von dannen wollest, und wie wird der Dienst gekündet: haben um 7 Uhr! Aber deine Meinung hast du gesagt: „Ihr Deutschen seid brillante Kerls“, das waren deine Worte, „und ich trinke auf das große Wagnis der Zukunft.“

Über der Sowjetagent, der dabei sah, der hat etwas anderes gedacht.

Und so geht es zum Abschied die News Nummer. Wieder ist es weiche Nacht, und im Norden hält sich beharrlich der rötliche Schimmer, in dem die goldenen Kreuze, Nadeln und Kuppeln der Stadt noch einmal aufleuchten. Draußen vor Kronstadt herrscht feierliches Leben. Wir sind in den Tagen der Spannung mit England, und alle verführbaren Flugzeuge und Torpedoboote kreuzen in und über der finnischen Bucht, einen ewigen Blutodenangriff rechtzeitig zu verhindern. Und so ist das erste und letzte Bild Russlands, das der Besucher empfängt, auf militärisches Wesen, auf Angriff und Verteidigung eingestellt, ein echtes Sinnbild des alten wie des neuen Sozialismus.

Berliner Theater

Unser Berliner Schauspielereferent schreibt: Das neue Berliner Theaterjahr, über dem sorgendste Fragezeichen schwebte, wurde im Rotischen Kleinen Theater mit Max Brads Komödie „Karrillas hohes Herz“ eröffnet. Das hohes Herz ist das Schauspielerehe. Das Herz der Divo. Es ist ihr, die sich so oft der Rolle hingab, zur Divo geworden, sich ihr Herz immer wieder zurück zu erheben, um es aufs Neue zu verdingen. Menschen, die von den Unbedingungen der wandlungsfähigen Bescheidenheit, der Kunstschöpferischen, nichts ahnen, nennen das (mit boshafem Akzent) Komödie. Da es schließlich das alte Menschenherz ist, das sich in den beiden Welten der Schauspielerei, also im Theater und in der privaten Sphäre, nach seinen eigenen Bedingungen auslebt, so erzeugen Künstlerinnen mit dem Wandel ihrer „Verfassung“

worin, daß es zur objektiven Darlegung der Streitpunkte mit Bestellungsfrage beim Landgericht erhoben habe. Heute nachmittag soll in einer Versammlung die Anwesenheit der Reichsbank zu der Krömerung des Reichsbankdirektoriums Stellung nehmen.

Der Abbau der planmäßigen Beamtenstellen. Nachdem der Besch über die Feststellung des Haushaltsplans für das laufende Rechnungsjahr vom 24. Juli registriert worden ist, wie die „Amst. Preussische Presseblatt“ einer Verfügung des Kanzlers des Innern entnimmt, das Verfahren des Abbaues planmäßiger Beamtenstellen am 7. August begonnen.

Berlin, 22. Aug. (Bon umf. Berl. Büro.) Wie der „Vorposten“ mitteilt, welche der holländische Sozialdemokrat Dubege in Romag als Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Er nahm mit Vertretern des Parteivorstandes und mit den sozialistischen Reichsministern Rücksprache über die politische und wirtschaftliche Verhältnisse Deutschlands. Der internationale Gewerkschaftsbund wird sich in den nächsten Tagen mit dem Ergebnis dieser Besprechungen befassen.

Deutsches Leben in Rußland

Ein allrussischer deutscher Kulturverein wurde im Juli in Moskau gegründet. Der Verein ist aus dem Zusammenbruch von Kultur- und Wirtschaftsverbänden hervorgegangen, dessen Ziel von der Regierung nicht bestritten wurde, und dem Zweck die Erhaltung und Förderung der deutschen Kultur und Sprache unter den Deutschen in Rußland, vor allem unter den deutschen Kolonialisten. Es ist hauptsächlich Zweigvereine in allen größeren russischen Kolonien Rußlands ins Leben zu rufen, womit bereits in der weite begonnen wurde. Seine Hauptaufgabe sieht der Verein in der Wiedererrichtung und Förderung des deutschen Schulwesens. Er hat sich mit dem „Verein für Weltbürger“ in Moskau in Verbindung gesetzt, der eine Reihe deutscher Schul- und Lehrkräfte herausgegeben soll. Einige deutsche Schulbücher für die erste und zweite Stufe sind bereits im Druck. Die Bücher sind in erster Linie für die deutschen Kolonialisten bestimmt und werden auch landwirtschaftliche Fachfragen behandeln. Für Ende d. J. ist die Herausgabe eines großen deutschen Bauernkalenders für 1924 geplant. Ferner ist die Gründung einer großen deutschen Zeitschrift für Rußland beabsichtigt, die im Gegensatz zu den wenigen bestehenden parikommunistischen Organen („Die Arbeit“, „Wirtschaft“, „Unsere Wirtschaft“, „Nachrichten“, „Potrowost“, „Der Wandersmann“, „Die Landarbeit“, „Tilts“) den allgemeinen deutschen Interessen dienen soll. — Schließlich nimmt sich der Verein auch der russischen Dorfschullehrer an, deren Bildungsarbeit in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen ist; sie sollen durch allgemeine und landwirtschaftliche Kurse in Moskau, Omsk, Saratow, Saporozh und anderen eine Nachschulung erfahren. Das deutsche pädagogische Lehr- und Institut in Moskau wird vergrößert und wahrscheinlich nach Saratow verlegt werden. Eine deutsche Ingenieurschule erster und zweiter Stufe für 100 Schüler in Odesa und eine dritte Stufe für solche in Omsk, die im Herbst eröffnet werden soll, wird auch eine deutsche Abteilung aufweisen. — Wir veröffentlichen diese Nachrichten, die wir der „Rugischen Rundschau“ entnehmen, als die ersten Notizen neuen deutschen kulturellen Lebens in Rußland.

Kleine politische Mitteilungen

Die Generalräte billigen Poincarés Ruhrpolitik

Die 28 Generalräte haben sich sämtlich für die Ruhrpolitik Poincarés, besonders für die Ruhrpolitik ausgesprochen. Die Haas aus Roulin meldet, haben die Kommunisten in der Abgeordneten der Generalräte von Miller einen Antrag eingebracht, in dem gegen die Befreiung des Ruhrgebietes Protest erhoben wird. Der Protest intervierte, worauf der Antrag mit 14 gegen 10 Stimmen von der Tagesordnung abgelehrt wurde.

Ein Aufruf gegen die Bolschewiken. Die „Morning Post“ meldet, unter den Einwohnern von Suwara und Buzorga ein neuer Aufruf gegen die Bolschewiken ausgebrochen. Das Ziel sei die Vertreibung Schinas, Buzaros, Turkestans und Transkaspens von den Bolschewiken.

Die Räumung Konstantinopels. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat General Harrington mit Ali Pascha ein Abkommen geschlossen, wonach die türkischen Truppen erst nach dem Verbünden der Armee in Konstantinopel einrücken werden. Die Verbündeten werden wahrscheinlich am Mittwoch mit der Räumung der Stadt beginnen. Zehn Tage nach der Räumung des Stadtgebietes sollen sämtliche beschlagnahmten Güter ihren Eigentümern zurückgeführt werden. In der dritten Woche nach Beginn der Räumung werden die türkischen Kriegsschiffe sowie das Material der Türkei an die türkischen Behörden übergeben werden.

Rußisch für ein autonomes Kroatien. Wie aus Belgrad gemeldet wird, beabsichtigt der nach London geschickte kroatische Raditsch, vor dem Völkerverbund die Autonomieforderung Kroatiens zu vertreten. Raditsch wolle im Ausland eine Gegenregierung gegen Jugoslawien propagieren, die entweder in London oder in der Schweiz ihren Sitz haben soll.

Tafel, 22. August. Ein vor kurzem abgekauft Unterseeboot ist bei einer Versuchsfahrt bei Rode gesunken. Keun Raum der Besatzung wurden gerettet, 89 werden vermisst.

Vergebnis der Deuten mit unteilbarem Ich. Das erste Schauspiel der Schauspielerei — wenn man, trotz aller individuellen Unterschiede, sie ganz allgemein von einem solchen sprechen kann — ist die Dichtung längst reichlich behandelt. Die Komödie von Max Brads hat in der Grundausfassung einige Verwandtschaft mit Shakespeares „Winters Traum“. Die Schauspielerei, in der äußeren, überhöhten der Weise ein bühnenähnliches Theaterstück jedoch mehr als ein bühnenähnliches Schauspiel: „Der Mann der Debutantin“. Dem bühnenähnlichen Dichter ist zugute zu halten, daß er, unbeschadet der literarischen, in vielen Fällen schillernden Details der Komödie, das Wesen einer Künstlerin, die sich selber nicht, indem sie sich nur spielt, trübsalvoll. Seine Karikatur ist unzureichend, wenn man, unternimmt, und bald der Bühne, bald dem Unterhaltungsraum unternimmt — und dabei doch sich selbst getrennt. Zum Unterhalt von anderen literarischen Vorlesungen, oder auch von der Komödie, sind die Damen der Bühne, die nicht im echten Künstlernatur sind und doch ihre Überlegenheit der Kunst aufs Herbehalten. In diese Karikatur ehrlich und naiv. In aller Schönbearbeitung ist es ehrlich und naiv. So meinte es Max Brads, der Dichter. Es ist aber nicht durch die brillierende Propaganda Kroatien zu erklären, daß die uns nur den schillernden Rausch geben konnte. Das Drama der Komödie kam dabei um sein Recht und das Schauspiel mehr als sein Eigenhild erlaubte, zu den älteren Theaterwerken gerückt. Vielleicht war gerade darum der höhere Erfolg bei der Weidheit der Zuschauer so lebhaft. Man nahm sogar den Reiz der Ungelegenheit leicht mit sich hin. Man war nicht zur Reize der Ungelegenheit. Somit hielten sich bei der ungenügend vorbereiteten Aufführung und angesichts mancher provinziellen Darsteller falls Komödie aufzurichten müssen. Aber Heinz Salfner und Wilhelm Benz standen mit Sicherheit auf ihrem Posten.

Hermann Kienast

Kunst und Wissenschaft

Sozialwissenschaftlichen. Privatdozent Dr. Heinrich Stoll an der Universität Heidelberg wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 unter Entlassung aus dem Dienst der hiesigen Universität zum planmäßigen außerordentlichen Professor in der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg ernannt. Von der Technischen Hochschule Karlsruhe ist dem ordentlichen Professor des Maschinenbaus an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Ludwig Roge, in Anerkennung der hervorragenden Verdienste, er sich als Hochschullehrer um die technische Wissenschaft und als Ingenieurverwalter der Danziger Werke um die Umstellung und Förderung der Danziger industriellen Betriebe erworben hat, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden; ebenfalls wurde der Direktor der Waagen- und Waagenfabrik Gottfried Wilhelm U. G. in Kammendorf bei Halle, Hermann Traus, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die deutsche Industrie.



Wirtschaftliches und Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Amlich wird mitgeteilt: Die Gründe, die schon im letzten Bericht als bewegende Kräfte der Arbeitsentwicklung genannt wurden, wirken auch diesmal in der Richtung einer Verschärfung der Lage. Am einzelnen seien zur Kennzeichnung folgende Tatsachen angeführt. In der Vorarbeiter Metallindustrie ist an Kurzarbeit ein neuer Ausbruch von 15 Betrieben mit insgesamt 82 Verloren zu verzeichnen; es arbeiten jetzt 37 Betriebe mit 398 Verloren verlor. Ueberarbeit wird nicht mehr geleistet. Die Lage in der übrigen metallarbeitenden Industrie hat sich weiter ungünstig entwickelt: so steht z. B. ein Großbetrieb der Nähmaschinenindustrie vor der Entlassung von 800 Verloren. Auf dem Gebiete der Papierindustrie in Betracht — liegen ungünstige Beschäftigungsverhältnisse vor. Schlecht ist der Beschäftigungsstand natürlich weiter im Bergbau, insbesondere im Braunkohlbergbau. Im Bauwesen ist die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgegangen. Die Tabakindustrie wird von der Arbeiterlosigkeit stark in Mitleidenschaft gezogen; die Arbeiter sind Betriebsbeschränkungen (Kurzarbeit), zum Teil auch Entlassungen. Aus der Schokoladenindustrie kommt die Meldung, daß etwa Großfirmen wegen Auftragsmangel ihren Betrieb völlig stilllegen beabsichtigen.

Betriebsbeschränkungen (Einführung von Kurzarbeit) erfolgten bei circa 20 Betrieben; es sind daran insgesamt 150 männliche und 170 weibliche Arbeitskräfte beteiligt. Zwei Kleinbetriebe mit zusammen 22 Arbeitskräften wurden geschlossen.

Städtische Nachrichten

Professorenversammlung der Gastwirte

Professorenversammlung der Gastwirte und verwandte Berufe. Die Professorensammlungen gegen die Getränkesteuer ab. Beide Versammlungen waren außerordentlich stark besucht. In beiden kam der Unwille über die Steuer in berechneten Worten zum Ausdruck. Die Redner, die sich getrennt für die Schließung der Betriebe ausgesprochen — und deren Worten ist sehr viele — fanden stürmischen Beifall. Falls die Wünsche der Birne vom Stadtrat wiederum abschlägig beschieden werden, wird der Birne Streik für Mannheim im nächsten Jahr. Auch wurde betont, daß die Getränkesteuer nicht vom Birne, sondern vom Konsumenten getragen wird. Zu der heute beschlossenen neuen Bierpreishöhung käme dann noch die Getränkesteuer, die vom 1. 10. ab erhoben werden sollte, obwohl die Birne noch freier als Unterlegen dazu besteht, vielmehr erst dem Bürgermeistern geeignete Vorschläge unterbreiten müssen.

Herr Hummel eröffnete die gestrige im Bollhaus abgehaltene Versammlung mit dem Hinweis, daß in den Kreisen der Gastwirte über die Art des Vollzugs der neuen Getränkesteuer eine große Bewegung herrsche. Der Vollzug dieser Steuer sei geradezu ein Verhängnis für den gesamten Gastwirtsstand. Das Biergewerbe sei teilweise, das mit Sondersteuern überlastet ist. Die neue Getränkesteuer wurde von der Stadtgemeinde über die Birne hinweg eingeführt. Nun lege die Stadt ein, was sie gemacht hat. Redner berichtet sodann über eine Besprechung auf dem Rathaus. Als man am Montag um 9 Uhr auf dem Rathaus anfragte, was von den maßgebenden Herren noch feiner zu bekommen. Erst als mit der Schließung der Betriebe gedroht wurde, sei auf dem Rathaus ein freundlicher Ton angeschlagen und die Sitzung auf 11 Uhr anberaumt worden. Besprochen wurde u. a. die Sonderaufnahme, die einen direkten Eingriff in die Substanz der Birne darstellt.

Verbandspräsident Trappenberg. Kreisrat verbreitete sich über die Wirkung der neuen Getränkesteuer. Darnach ist kein Birne in den Händen, die Steuerforderungen zu entrichten. Was an Staatssteuern gegenwärtig zu bezahlen ist, werde sich zum mindesten auf 50 Millionen im Monat belaufen. Das seien aber nur die Ziffern für Kleinbetriebe, von den Steuerpflichtigen der Großbetriebe sei ganz zu schweigen. Von den Gastwirten und verwandten Berufen sei überhaupt niemand in der Lage, so zu bezahlen, daß er die neuen Steuern ausbringen könne. Der Mittelstand soll nach der Reichsreform zu geschickt werden, daß er sich nicht mehr leisten kann. Hier wird aber der Mittelstand ruiniert. In Stuttgart hat man die Steuer abgeschafft, obwohl Stuttgart finanziell ebenfalls ungünstig steht als Mannheim. Die Gastwirte verlangen eine gerechte Verteilung der Kosten und keine Sonderbesteuerung.

Dr. Knobel. Rheinau stellt fest, daß die Stadtverwaltung den Gastwirtsverband genau so behandelt wie die badische Regierung, die auf die verfallenden Eingaben des Verbandes überhaupt keine Antwort gegeben hat. Ein solches Verhalten müsse in alle Öffentlichkeit hinausgerufen werden. Die Birne und verwandte Berufe verweigern sich dagegen, als Bürger 2. Klasse behandelt zu werden. Durch die Getränkesteuer würde die städtische Finanzlage nicht besser. Wenn das Biergewerbe erschöpft ist, woher soll denn die Stadt die Milliarden holen?

Die Aussprache war sehr lebhaft. Die Stimmung der Versammlung war einmütig für eine energiegelbe Schließung der Betriebe, falls der Stadtrat kein Einverständnis zeigt. Der bisherige Birnekommission wurde das Vertrauen durch einstimmige Wiederwahl ausgesprochen. Eine Versammlung zur Deckung der Unkosten ergab die Summe von 97,5 Millionen Mark. Einmütige Beschlüsse sind am Schluß der zweitägigen Versammlung nachgehende

Entscheidung

Die am 21. August 1923 im „Ballhaus“ verammelten, an der Teilnahme der Getränkesteuer in Mannheim beteiligten Interessengruppen erheben nachdrücklich Protest gegen die Art und Weise der Einführung der obigen Steuer, wie sie von der Stadt angesetzt ist. Insbesondere weisen sie energisch zurück:

- 1. die Fortsetzung der Angabe des Bogenbestandes;
2. die bereits festgesetzte Zeit der Einführung der Getränkesteuer und verlangen deren Antizipation erst nach erfolgter Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen, bei der die beteiligten Interessenten ihre Mitarbeit fordern;
3. die in der Bekanntmachung der Stadtverwaltung geforderte sofortige Zahlung des Steuerbeitrags aus dem gesamten Bogenbestand, da hierdurch der Ruin Familien in Frage kommenden Gewerbe unbedingt herbeigeführt würde.

Als in Frage kommenden Interessenten haben ihr Vermögen in Warenbeständen angelegt und würde somit die Fortsetzung der Stadtverwaltung einen unbedenklichen Eingriff in die Vermögensverhältnisse bedeuten, wie er bis jetzt noch bei keinem anderen Gewerbe zu verzeichnen ist.

Wir verlangen, daß die Stadtverwaltung unsere berechtigten Forderungen voll und ganz berücksichtigt. Andernfalls sind wir gezwungen, von unsern äußersten Kampfmitteln Gebrauch zu machen: das ist die Schließung unserer Betriebe nach Abschluß unserer Forderungen, um die Deckungslosigkeit auf die Tragweite der Steuer aufmerksam zu machen.

Die Zahlungsmittelnot

Vermehrung der Zahlungsmittelnot durch Abnahme des Notgeldes

Entscheidung der Zahlungsmittelnot haben, so wird uns aus dem Bericht der Reichsbank, ersichtlich, verschiedene Stadtgemeinden und große industrielle Unternehmungen, ohne die Ausgaben und Einnahmen zu scheuen, helfend eingegriffen und Notgeld herausgegeben. Dadurch wurde eine Milderung der unheilbaren Zustände im Geldverkehr herbeigeführt. Jedermann muß annehmen, daß auch die städtischen und staatlichen und sonstigen behördlichen Anstalten, selbstverständlich auch alle Geschäftsbetriebe, dieses Notgeld in Zahlung nehmen werden. Welche Enttäuschung erlebt man aber, wenn man mit dem Notgeld der Stadt Ludwigsbühlern oder dem der Badischen Kellerei und Soda-Fabrik in Mannheim eine Zahlung vornehmen will oder muß. Durch die wirtschaftliche Verbindung der Schwester-

Mannheims Lebenshaltungsindex 597818

Die durch das starke Steigen des Dollars hervorgerufene Markverschlechterung gab den Berichten, die in der gestrigen Sitzung der Preisprüfungscommission erläutert wurden, ein ungünstiges Gepräge. Ausgenommen war die Kartoffelversorgung, bei der die Zeit des Mangels sich dem Ende zu nähert scheint. Regierungsrat Dr. Hofmann gab einleitend in üblicher Weise die neuesten Preisangaben bekannt.

Der Mannheimer Lebenshaltungsindex

Ist darnach von 372 289 am 13. August auf 597 818 am 20. August oder um 60,8% gestiegen. Die Lebenshaltungskosten für die bekannte städtische Familie haben sich von 42 660 611 auf 88 503 913 A. gehöhrt. In der Gruppe Ernährung erweist sich folgendes Bild: Der Aufwand für 47 000 Gramm Brot ist nur unmerklich gestiegen: von 3 680 000 auf 4 020 000 A. Der Preis des rationierten Brotes hat sich nicht verändert, der des marktfreien von 180 000 auf 200 000 A. Das Reis erhöht. 4000 Gramm Reis kosteten 1 520 000 A. (1 280 000 A.), 11 000 Gramm Rohmehl 5 939 892 A. (4 473 232 A.), 70 000 Gramm Kartoffeln 5 180 000 A. (2 380 000 A.), 15 000 Gramm Gemüse 1 250 000 A. (520 000 A.), 3000 Gramm Fleisch 9,6 Mill. A. (2,9 Mill. A.), 10 Eier 750 000 A. (450 000 A.), 28 Liter Vollmilch 5 640 000 A. (1 512 000 A.). In der Gruppe Bekleidung ist die Schlüsselzahl, die bis auf 70 000 gestiegen war, wieder auf 120 000 A. gestiegen. Der auf vier Wochen berechnete Aufwand für die 15 Bedarfsgegenstände hat sich von 12 531 415 auf 13 811 077 A. erhöht.

Bei der Besprechung von Einzelfragen beschäftigte man sich in erster Linie wieder mit der

Kartoffelversorgung

Der Vertreter des Kartoffelgroßhandels konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß bis Freitag etwa 3000 Zentner Kartoffeln in Mannheim aus Norddeutschland eintrafen werden. Gleichzeitig konnte ein Sinken der Preise von nächster Woche an in Aussicht gestellt werden. In dem Produktionsgebiet, das für die Befreiung Mannheims zunächst in Betracht kommt, müßten bis jetzt mindestens 25 000 A. für das Pfund bezahlt werden. Die anderen Produktionsgebiete fangen mit 18 000 A. an. Die Bahnkraft ist allerdings von großem Einfluß auf den Preis. Bis zur neuen Lasterhöhung betrug die Frucht etwa 100 A. je Pfund. Seit Montag betrug sie sich auf 3000 A. Käufer sind zur Geringe in den Erzeugerregionen, so daß die Kartoffelversorgung mancherorts gelichtet ist. Ein Gewerkschaftsvertreter stellte die Anfrage, ob es nicht möglich sei, in der Nähe Erwerbslose zum Kartoffelzusammen zu verwenden. Mancher erwerbslose Familienvater würde froh sein, wenn er auf diese Weise seinen Bedarf decken könnte. Der Vertreter des Kartoffelgroßhandels erwiderte, zu ihm kämen jede Woche 38 Frauen, die durch die Abprüfung des Halengebietes erwerbslos geworden seien und infolge dessen Unterstützung erhielten. Keine einzige habe bis jetzt den Wunsch geäußert, daß sie beim Kartoffelzusammen verwendet werden möchte. Ein Landwirt von Sandhofen gab in interessanter Weise Auskunft über die Selbsthilfe der Mannheimer Bevölkerung. Sandhofen wird mit Kartoffelkulturen, Erbsen und Äpfeln, geradezu überhäuft. Wenn der Landwirt morgens auf das Feld kommt, waren schon Leute auf ihm, die Kartoffeln haben wollen. Am Ort stehen die Leute vor den Häusern, in denen Kartoffeln abgegeben werden. Sobald der Landwirt ist so groß, daß die Abfertigung täglich zweimal erfolgen muß, um 11 Uhr vormittags und 8 Uhr abends. Wenn der Landwirt vom Felde heimkommt, stehen im Durchschnitt 35-40 Personen vor dem Tor. Ein jeder bekommt 10-20 Pfund. Der Preis ist von 15 000 A. in voriger Woche auf 25 000 A. für das Pfund gestiegen. Die Landwirte von Sandhofen tun also ihre Pflicht und Sorgfalt. In acht Tagen werden allerdings infolge der ungewöhnlich großen Nachfrage die Kartoffeln in Sandhofen zu Ende sein.

Eine längere Erörterung veranlaßte die neuzeitliche Verhaltung eines Karlsruher Kaufmanns in Pfaffstadt. Es handelt sich um den Händler Baum von Redau, der am Montag mit seiner Frau verhaftet wurde. Der Mann bezieht die Rente der Erholungsstätte für unterernährte Kinder mit Kartoffeln und Gemüse zur größten Zufriedenheit wie eine leitende Persönlichkeit dieser humanitären Einrichtung beschäftigt. Die Rente wurde von Baum immer unter dem Marktpreis geliebert. Wucherpreise hat Baum noch nie verlangt. Für das Pfund Kartoffeln wurden von der Erholungsstätte 25 000 A. zuletzt 30 000 A. bezahlt. Der Vorliegende stellte fest, daß die beschlagnahmten Kartoffeln inzwischen wieder freigegeben worden sind. Der Vertreter des Kartoffelgroßhandels bemerkt, er habe schon vor zehn Tagen an den Landeskommissar und das Landespreiskomitee in Karlsruhe das Ergehen berichtet, die Aufkaufserlaubnis, die für drei Wochen ausgestellt wurde, inzwischen zu verlängern. Ein Gewerkschaftsführer meinte, die Preisprüfungscommission in ihrer Gesamtheit müßte gegen das Vergehen der Genbarmerie in Pfaffstadt protestieren. Das sei

stärkte Mannheim und Ludwigsbühlern kommt sehr viel von diesem Notgeld nach Mannheim, zumal die Ludwigsbühlener augenblicklich fast gar keine anderen Zahlungsmittel haben und auch die vorherige Umwälzung auf einer Bank auf große Schwierigkeiten stößt, da die Banken das nötige Geld nicht immer zur Verfügung haben. Wenn das Notgeld zum großen Teil wieder umgetauscht werden muß, wird keine Ausgabe völlig nutzlos.

In Mannheim wird das Ludwigsbühlener Notgeld wegen der Unannehmlichkeit, es umzutauschen zu müssen, nicht nur von der Post und anderen behördlichen Institutionen abgelehnt, sondern auch von der Bevölkerung, von dieser in der Hauptsache mit der Begründung, daß sie zum großen Teil ihre Zahlungen durch Postkontos rasch erledigen müsse. So steht derjenige, der dieses Notgeld nicht abgeben kann, auf große Unannehmlichkeiten, hat Zeit- u. große Geldverluste, was in diesen schweren Zeiten doch möglichst vermieden werden sollte, weil durch derartige Vorkommnisse die Allgemeinheit nur noch mehr aufgeregt wird. In konnte Dutzende von Füllen mit ansehen, in denen die Jurisdiktion des Ludwigsbühlener Geldes erfolgte. Hier sollen die Behörden eingreifen und durch Erlass von Richtlinien Erleichterungen schaffen. Es ist doch anzunehmen, daß die Behörden und Unternehmen, die Notgeld herausgeben, die Ermächtigung hierzu haben, jedoch die Gewähr dafür besteht, daß das Notgeld in der betr. Stadt und in der näheren Umgebung ein geschicktes Zahlungsmittel ist. Die großen staatlichen Kassen, wie Post und Bahn, haben viel leichter die Möglichkeit, größere Summen bei den Banken umschreiben zu lassen, als der Einzelne, der in seiner Tätigkeit den Banken viel größere Arbeit als eine große Behörde verursacht, die täglich viele Millionen einnimmt. Hier ist ein Feld zur Mitarbeit im allgemeinen Interesse.

Gedenkt in der Sommerfrische auch der Bedürftigen

Man schreibt uns wie folgt: Was da geschehen könnte, habe ich am letzten Sonntag in einem Lustort des heilsamen Oberwaldes zu meiner Freude erfahren. Ich erlaube da in einem Gasthaus, das, was auch der Mannheimer General-Anzeiger vor einiger Zeit mitteilte: Ein alter Herr, dem die Altersnotbisse am Herzen liegt, traf einen jungen, wohlhabenden Mann. Dieser erinnerte sich mit Freuden daran, daß während seiner Schulzeit er sich diesem Mann zu Dank verpflichtet hatte. Und darum kündigte er ihm zu seinem wohlhabenden Aocd hunderttausend Mark ein, wasu später noch fünfzigtausend Mark für arme Rentientoniesinder kamen. Diese Erzahlung hatte die Wirkung, daß drei der anwesenden Herren, unter denen auch ein Holländer war, der auch in seiner Heimat für Deutsche sammeln hilft, mir 110 000 Mark zum erstenannten wohlhabenden Aocd einbüchelten, wasu dann ein Mannheimer Ehepaar noch hunderttausend Mark hinaufgab. — Wenn ich in jedem Kulturhaus auch ein menschenfreundlicher Erzhörer. Er den richte ich die herzliche Bitte, meine kleine Erzahlung in frühlicher Stunde weiter zu verbreiten und dann seinen Beutel und seine Sammelbüchse recht weit zu öffnen, daß wir im Mannheimer General-Anzeiger recht bald von recht vielen Hunderttausendern lesen können. Ich rufe den Wohlwärtigen recht froh zu: Vergelt's Gott!

innerhalb kurzer Zeit der dritte Verhaftungsfall, der nicht gebilligt werden konnte. Wenn es so weiter geht, werde sich niemand mehr finden, der für die Mannheimer Bevölkerung in der Nähe Kartoffeln aufkaufe. Ein anderer Gewerkschaftsführer vertritt den Standpunkt, daß er durchaus damit einverstanden sei, daß bei der Erteilung der Handelsverläubnisse vorläufig vorgegangen werden müsse. Andererseits könne man verlangen, daß der Apparat auf dem Bezirksamt etwas besser und schneller arbeite, wenn die Verfertigung der Handelsverläubnisse beantragt werde. Der Vertreter des Bezirksamts sprach sich gegen einen Preisbeschluss der Preisprüfungscommission wegen des jüngsten Preisfalls aus. Aus seinen weiteren Ausführungen ging hervor, daß bei der Häufung neuer gesetzlicher Bestimmungen die Behandlung und Erledigung der Gesuche um Handelsverläubnisse keine so einfache Sache ist. 100-200 Gesuche laufen täglich ein. Es ist klar, daß bei einem derartigen Massenandrang auf das genaueste gefehlt werden muß. Die Mannheimer Bürgerpolizei habe den Fall Baum nicht behandelt. Eine abschließende Stellungnahme könne überhaupt nicht erfolgen, da der Fall noch nicht völlig aufgeklärt sei. Die Handelsverläubnisse für drei Wochen sei erteilt worden, weil man in der Sitzung der Preisprüfungscommission gesagt habe, die Aufkäufe der Frühkartoffeln würden drei Wochen dauern. Der Vertreter des Kartoffelgroßhandels machte darauf aufmerksam, daß die neuen Bestimmungen über die Handhabung des Großhandels völlig auf die norddeutschen Verhältnisse zugeschnitten sind. Es kann vorkommen, daß ein Kleinhändler, der einen Wagon Kartoffeln vom Großhändler bezieht, wegen Großhandels bestraft wird, weil er einige Zentner an Gemüsehandlungen oder Birne abgegeben hat. Die weitere Ausprache brachte jedoch Klarheit in den Fall Baum, daß Baum, der ein besonnener und ruhiger Mann ist, offenbar infolge des Eingreifens der Genbarmerie so erregt wurde, daß er Widerstand geleistet hat. Daraufhin mußte die Verhaftung erfolgen. Das scharfe Vorgehen gegen Baum scheint vornehmlich durch die Erregung veranlaßt worden zu sein, die in Pfaffstadt immer noch wegen der neulichen Verhaftung zweier Landwirte herrscht. Das wiederholte Eingreifen des Vertreters des Bezirksamts in die Debatte hielt schließlich die Kommission davon ab, eine Professorenschließung zu fassen.

Die Versorgung mit Kolonialwaren

hat sich infolge der Dollarhöhe wieder ungünstiger gestaltet. Das Markangebot der Lieferanten ist, wie der Vertreter der Kolonialwarenhändler bekannt gab, seit Mittwoch geringer. Die Lieferungen sind vollständig verschwunden. Es kommen jetzt nur noch Futturen mit Noten und Goldmarkberechnung. Dadurch bilden sich Differenzen heraus, die geradezu ungenügend sind. Der Preis der im Kleinverkauf abgegebenen Waren war bisher auf die Dollarpapier von 4,2 eingestellt. Am morgigen Donnerstag wird hinaufgegangen werden müssen, wenn der Dollarkurs sich nicht bessert. Die Versorgung ist zurzeit noch ganz gut, weil in der vorigen Woche für 5-8 Millionen A. Ware gekauft wurde. Durch die Rationierung haben sich die Betriebskosten der Gemischtwaren, die etwa 200 Geschäfte versorgt, wesentlich verteuert. Durch die Goldmarkberechnung bekommen wir Preise, die das 1,5 Millionenfache des Friedenspreises ausmachen. Wenn der Dollar auf 6-7 Millionen steigt, wird eine Verteuerung der Preise von morgen ab um 20-25% eintreten.

Die neue Art der Preisauszeichnung, die mit Genehmigung der badischen Regierung eingeführt wurde, findet nicht den Beifall des Publikums. Das Schuhhaus Mercedes hat als eines der ersten Geschäfte den Grundpreis und Multiplikator eingeführt. Der Vorliegende hat die Schuhwarenpreise geprüft und dabei festgestellt, daß sich die Grundpreise zwischen 80 und 150 A. bewegen, während der Multiplikator 100 000 A. beträgt. Es handelt sich also um Goldwährung. Ein Paar Herrenstiefel, das vor dem Kriege etwa 17 A. kostete, kommt bei dieser Berechnung auf 22 Millionen. Ein Gewerkschaftsführer meint, wenn im Groß- und Kleinhandel die Goldmarkberechnung immer mehr um sich greife, dann müßte eben der Arbeitnehmer Goldlohn verlangen.

Die Beauftragten der Preisprüfungsstelle

haben sich gut eingeführt. Es sind bis jetzt etwa 40 Ausweise ausgestellt worden. Am Samstag haben die Beauftragten die Organe der Bürgerpolizei und des Preisprüfungsamtes auf dem Woddenmarkt in wirksamer Weise unterrichtet. Die Geschäftsläden werden wiederholt erucht, den Beauftragten der Kaufprüfungen keine Schwierigkeiten zu bereiten, sondern das erforderliche Entgegenkommen zu zeigen. In einem Falle ist die Vorlage der Futturen verweigert worden. Das kompromittiert nur die Verhältnisse.

Befragt wurden die geringe Gemüsezugabe und die ungewöhnlich hohen Obstpreise. Eine Beauftragte konnte feststellen, daß in Tauberbischofsheim das Pfund Bohnen 40 000 A. kostet, während hier 150 000 A. verlangt werden. Der Zwischenpreis wurde beanstandet, weil Zwischen zu den Volksnahrungsmitteln gehören. Die Schuhreparaturen werden morgen wieder teurer. Seine letzten Herrenstiefeln und Abzüge genäh noch 4 019 140 A.

\* Verleht wurde: Oberrentor Karl Werner in Mannheim zum Bezirksamt Wehltr.

\* Lohnsteuerabzug ab 1. September. Der Reichsot ist bekanntlich über die ursprüngliche Vorlage, wonach für September die Ermäßigungen beim Steuerabzug verhehrt werden sollten, noch hinausgegangen und hat eine Veranschlagung der Augustsätze beschloffen. Danach würde für alle nach dem 31. August fällig werdenden Lohn- und Gehaltszahlungen der Abzug von der Lohnsteuer Steuer beitragen: Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau 192 000 A. (August 24 000 A.), für jedes Kind 1 280 000 A. (August 160 000 A.), für Werbungsstellen 1 600 000 A.

\* Ueberwachung der Umsatzsteuerpflichtigen. Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer verstärkten Ueberwachung der Umsatzsteuerpflichtigen, insbesondere aber solcher Personen, die ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung oder außerhalb ihrer gewerblichen Niederlassung eine umsatzsteuerpflichtige Tätigkeit ausüben, werden forsan die Beamten der Polizei und Genbarmerie in besonderen Vorträgen in den Vorarbeiten der Umsatzsteuererhebung unterrichtet. Die Unterweisung erfolgt durch Beamte des Landesfinanzamts.

\* Ausprägung neuer Geldstücke. Das Reichsfinanzministerium hat im Reichstag eine Vorlage eingebracht, das die Prägung von Barageld in drei Stufen zu 100 000, 200 000 und 500 000 Mark plant. Der Reichsot soll in aller nächster Zeit entscheiden.

\* Neue Reichsbanknoten. In den nächsten Tagen werden die bereits angekündigten neuen Reichsbanknoten über 20 Millionen Mark, 10 Millionen Mark und 500 000 Mark in den Verkehr gebracht werden. Sämtliche drei Ausgaben sind auf weißem Papier gedruckt und mit Wasserzeichen versehen.

\* Von der Polizei. Ernannet wurde: Notenmeister Philipp Zipf in Mannheim zum planmäßigen Polizeimeister und Polizeiwachmeister Wöh. Banfahsch in Mannheim entlassen.

\* Erhöhung der Bierpreise. Die Gastwirte-Vereinigung Mannheim gibt im Anzeigenteil die neuen Bierpreise bekannt. Darnach erhöht sich der Preis für Lagerbier für 0,3 Liter von 66 000 auf 88 000, für 0,35 Liter von 78 000 auf 96 000, für 0,4 Liter von 88 000 auf 110 000, für 0,5 Liter von 108 000 auf 135 000 und für 1 Liter von 216 000 auf 270 000 A. Spezialbier erhöhen sich von 62 000 auf 88 000 für 0,3 Liter, von 96 000 auf 115 000 für 0,35 Liter, von 108 000 auf 130 000 für 0,4 Liter, von 134 000 auf 161 000 für 0,5 Liter und von 268 000 auf 322 000 A. für einen Liter. Näheres siehe Anzeige.

\* Zum Stundungsverrichten der Bahn. Nachdem, wie vor kurzem berichtet wurde, in Aussicht genommen ist, das bisherige Stundungssystem für Frachten bei der Eisenbahn auch auf den Personenverkehr und die Gepäckbeförderung auszudehnen, jedoch der Reisende dann in der Lage ist mit Gehalts auf die Deutsche Reichsbahnbezugsbezugs zu können, hat die vom Verband reisender Kaufleute Deutschlands geleitete Zentralstelle für den kaufmännischen Berufsverband ihre frühere Anregung beim Reichsverkehrsministerium wiederholt, für die Befreiung von Fahr-



forten und Gepäckgehören Zahlartenhefte mit Robett...

Neue Uhrenpreise. Der Verband Schwarzwälder Uhren...

Was dem Jagd gefallen. Gestern morgen kurz nach 8 Uhr...

Veranstaltungen

3. Juchas-Buch dessen hervorragende Darstellungen sich eines...

5. Helfere-Pflichter-Abend. Am kommenden Sonntag, 26. Aug...

Aus dem Lande

Hochelshelm, 20. Aug. In einer Sitzung des Gemeindeforts...

Oberbuchen, 22. Aug. Einem Bürgermeister von auswärts...

Karlsruhe, 20. Aug. Wie jetzt zu dem tragischen Tod des...

Reichenbach (Nied. Loth.), 19. Aug. Einem jungen Manne von...

Gimmendingen 19. Aug. Ganz amtlicher Befehlsnachricht...

Treiburg, 19. Aug. Bei den Erhebungsarbeiten der Schützen...

Schneidmühl (Treiburg), 19. Aug. Am letzten Dienstag brach...

Donauwörth, 21. August. Gestern nacht um 3 Uhr wurden...

Schopheim i. W., 21. August. Im Gemeindefeld Eichen bei...

Waldshut, 21. August. Die historische Waldstauer „Ghülbi“...

Konstanz, 20. Aug. Die Inhaber der Firma Pius Bieler...

Nachbargebiete

ev. Sandhof i. D., 21. Aug. Dieser Tage erlösten hier eine...

ev. Friedberg, 19. Aug. Nächtlichen Besuch erhielt ein Ehe...

ev. Groß-Bieberau, 20. August. Von der Rebenbahn erfährt...

Mahn, 20. August. Auf der Straße wurde nachts ein junger...

Aus Württemberg. In Unterriethheim wurden durch...

Sportliche Rundschau

Der Kanalschwimmer

Hast unglücklich sind die Wassersportler, die sich alljährlich...

Von den diesen Schwimmern, die sich das Ziel gesetzt haben...

Dieser Sullivan hat mit 20 Jahren die ersten Versuche im Kanal...

Freilich ist auch bei ihm nicht alles glatt gegangen. Die...

Am Anfang ging alles ausgeglichen. Nachdem er 12 Stunden...

Eine Anzahl Motorboote hatten den Schwimmer von seinem...

Kurze Zeit nach Sullivan durchschwamm bekanntlich der Holländer...

Segelflug

Abdu-Segelflug. Aus dem Fliegerlager Wasser...

Rudersport

Die Anna-Regatta des Oberstern- und Ruderclubs wird am...

Fußball

Fußball-Stadtkampf Prag-Berlin 3:3 (1:2). Trotz des regnerischen...

Olympiade

England rüftet gewaltig zu den Olympischen Spielen. Unter...

Kommunale Chronik

Die Not der Großstädte

Der Leiter der Reichszentrale für Heimatschutz, Landesheimat...

Verordnung einer größeren Kreditaktion zur Erhaltung der Zahlungs...

Berlin, 22. Aug. (Von unv. Berl. Blättern.) Die Geschäftsführer...

Kleine Mitteilungen

In München hat der Stadtrat folgende Straßenschilder...

In der jüngsten Berliner Stadtbauratsversammlung wurde...

Die Leipziger Straßenbahn erwidert den Fahrpreis auf...

Infolge der ungünstigen Kohlenpreissteigerung, die von 25...

Neues aus aller Welt

Die Kurze. In einem Fotobild der Gottschalks...

Familien drama. In Oberlesingen, Oberamt Städt...

Die Aufführung des Münchner Bilderbuchs. Zu der Auff...

Verhängnisvolle Verhaftung eines Jagdpächters. Ein Jagdpächter...

Verhaftung eines Kirchenflüchtlings. Die Kriminalpolizei in...

Ein neuer Diebstahl. Durch fortgesetzte Diebstähle von...



# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Aenderung der Preisfestsetzung für Stickstoff und Stickstoffdünger

Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt grundsätzliche Aenderungen in der künftigen Art der Preisfestsetzung für Stickstoffdünger, Super- und Rhodan-Phosphat die zwischen der Landwirtschaft und der Düngemittelindustrie vereinbart werden, weil die bisherige Art der Preisfestsetzung angesichts der sprunghaft sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr durchführbar ist. Die Preise für Stickstoffdüngemittel werden künftig unter Zugrundelegung des Wertverhältnisses von 160 Pfund Roggen zu 200 Pfund schwefelsaurem Ammoniak mit 20% reinem Stickstoff festgesetzt. Der Roggenwert wird errechnet auf der Grundlage der mittleren amtlichen Notierung für märkischen Roggen an der Berliner Produktenbörse. Einzelheiten, insbesondere Zuschläge zum Höchstpreise über die nicht hinausgegangen werden darf, sind aus der Verordnung zu ersehen. Von der Festsetzung von Höchstpreisen für Super- und Rhodan-Phosphat wird bis auf weiteres abgesehen.

Eine weitere Verordnung des Reichsministers für Landwirtschaft und Ernährung bringt eine neue Art der Preisfestsetzung für Stickstoff und Kali in Superphosphatmischungen. Danach dürfen dem jeweiligen Höchstpreise für das Kilogramm Stickstoff sowie dem jeweiligen Preis für das Kilogramm Kali im 20% Kalidünger ein Frachtausgangsbahnhof 10% Prozent zugeschlagen werden. Darüber hinaus darf der Frachtanteil des Stickstoffs sowie des Kalis in diesen Mischungen für eine bestimmte Durchschnittsentfernung gerechnet werden.

• Eine Schütte-Lanz-Neugründung. Von den Schütte-Lanzwerken Kom.-Ges. in Zezen, der Schütte-Lanz-Edelholz G. m. b. H. und der Schütte-Lanz-Kleinautomobilbau G. m. b. H. ist mit vorläufig 80 Mill. M. Aktienkapital unter der Firma Schütte-Lanz A.-G. in Berlin eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden, die die Erzeugung von Automobilen, Holz- und Metallfabrikaten zum Gegenstand hat.

• Holzverkohlungs-Industrie A.-G., Konstanz. Die Darmstädter und Nationalbank, die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt und die Metall- und Metallurgische Gesellschaft beantragen die Zulassung von 50 Millionen M. neue Aktien der Gesellschaft zur Frankfurter Börse.

• Philipp Holzmann A.-G., Frankfurt a. M. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, einer an G.-V. (15. September) vorzuschlagen, das Grundkapital der Gesellschaft von 232 auf 348 Millionen zu erhöhen. Es ist beabsichtigt, 120 Mill. M. neue vom 1. Januar 1923 ab dividendenberechtigte Stammaktien auszugeben. Außerdem sollen die bestehenden 12 Mill. mit 25 Prozent eingezahlten Vorzugsaktien voll gezahlt und 6 Millionen neue voll einbezahlende 6proz. Vorzugsaktien an die Deutsche Treuhandgesellschaft in Berlin zum Nennwert begeben werden.

• Gegen die neuen Kohlenpreise. Die jüngste Kohlenpreiserhöhung, durch die der Kohlenpreis nicht unwesentlich über das Weltmarktniveau heraufgesetzt worden ist, hat begrifflicher Weise in allen Kreisen der Bevölkerung und der Industrie scharfe Kritik hervorgerufen. Der Wirtschaftsminister hat infolgedessen eine Sitzung der Kohlenwirtschaftsorgane einberufen, die sich noch einmal mit der gestern in Kraft getretenen Kohlenpreiserhöhung befassen soll.

• Zuckerraffinerie Glauzig. Die G.-V. genehmigte die vorgeschlagene Dividende von 500 Prozent nebst einer Geldentwertungszuweisung dem Werte von 25 Pfund Zucker entsprechend. Auf Anfrage teilte die Verwaltung mit, daß eine Kapitalerhöhung in Aussicht stehe, da die derzeitigen Gesellschaftsmittel angesichts der gespannten Lage nicht mehr ausreichen. Ueber das Ausmaß der Kapitalerhöhung und Begebungsmodalitäten sei sich der Aufsichtsrat noch nicht schlüssig. Es sei aber beabsichtigt, die Hälfte der neuen Aktien den Aktionären anzubieten und die andere Hälfte geneigt zu verwerfen. Gegenüber der Anregung eines Aktionärs, den gesamten Betrag der neuen Emission den Aktionären zum Bezuge anzubieten, weil ein teilweises Bezugsrecht die Substanz des jetzigen Aktienbesitzes verschlechtert, erwiderte der Vorsitzende, daß dieser Vorschlag kaum supportum schone; denn es komme darauf an, der Gesellschaft möglichst viel Mittel zuzuführen. Im übrigen könne man deren Lage vertrauensvoll beurteilen, trotz der im allgemeinen gespannten Situation. Die Verhältnisse von Glauzig seien durchaus geordnet.

• Einfuhr nach dem besetzten Gebiet. Wie uns die Außenhandelsabteilung der Handelskammer für den Kreis Mannheim mitteilt, gestattet die Interalliierte Rheinland-Kommission durch Entscheidung vom 10. August 1923 die Einfuhr aller Nahrungsmittel aus dem unbesetzten Deutschland über die Ostgrenze in das besetzte Gebiet frei von Abgaben und ohne jede Formalität.

• Personalien. Die Badische Bank teilt uns mit: Am 31. August d. J. wird Herr Direktor Fritz C. Traumann aus dem Vorstand der Bank ausscheiden und in die Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin übertreten. An seine Stelle ist Direktor Heinrich Neubauer, gegenwärtig stellvertretender Direktor der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft, hier, in den Vorstand berufen worden.

## Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 22. Aug. (9.30 vorm.) Nach der New Yorker Parität ergeben sich folgende Kurse: New York 5900000, Holland 2325000, London 25750000, Schweiz 1075000, Italien 255000, Prag 175000.

Tendenz: Sehr unsicher.  
New York, 21. Aug. (WU) Devisen.

Frankreich	20.21	Schwed.	18.00	Spanien	13.45	13.21
Belgien	4.52	England	4.54	Italien	4.30	4.31

New York, 21. Aug. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,000,017 Cent Geld, 0,000,017 Cent Brief. Dies entspricht einem Kurs von 5882,358 bzw. 5263,188 M. für den Dollar (7692,307 bzw. 6686,066).

## Kurse der Federal Reserve Bank, New-York für Reparationsleistungen im freien Verkehr nach Frankreich.

Datum 1923	1 Goldmark = französ. Franken	1 Goldmark = belgische Franken	Goldmark = portugies. Eskudos	1 Goldmark = Papiermark	1 Goldmark = Dollar
6. 8.	4,129	5,190	5,896	441 141,235	2,382 162,931
7. 8.	4,136	5,224	5,926	880 772,477	deagl.
8. 8.	4,172	5,217	5,941	1 191 081,469	deagl.
9. 8.	4,187	5,276	5,941	1 134 362,304	deagl.
11. 8.	4,201	5,294	5,941	768 439,587	deagl.

## Wochendurchschnittskurse:

Datum	1 Dollar = Papier-Mk.	1 engl. Pfund = Papier-Mk.	1 frz. Franken = Papier-Mk.	1 belg. Frank. = Papier-Mk.	1 Lire = Papier-Mk.
6. 8.	1 681 831,33	8 488 888,969	105 881,832	85 000,000	80 370,470
7. 8.	3 571 428,871	16 296 071,425	205 714,266	162 857,143	154 285 714
8. 8.	5 000 000,000	22 829 000,000	285 500,000	224 000,000	215 000,000
9. 8.	4 761 904,762	21 747 142,937	270 952,381	207 182,887	193 809,524
11. 8.	3 225 906,452	14 743 548,397	182 903,226	145 161,290	137 741,835

## Wochendurchschnittskurse:

30. 7. u. 4. 8.	1 102 941,176	5 040 890,147	63 970,588	51 764,706	47 867,617
-----------------	---------------	---------------	------------	------------	------------

## Umsatztaxenausfuhrkurse für Juli 1923 für nicht an der Berliner Börse notierte ausländische Werte

Für den Monat Juli 1923 sind vom Reichsfinanzminister die Umsatztaxenausfuhrkurse der an der Berliner Börse nicht notierten ausländischen Zahlungsmittel wie folgt festgesetzt worden: Estland: 1 estnische Mark = 1000; Griechenland: 1 Drachme = 8000; Lettland: 1 lettische Rubel = 1300, 1 Lat = 63 000; Litauen: 1 Litas = 33 000; Luxemburg: 1 Frank = 16 000; Polen: 100 polnische Mark = 208; Rußland: 100 Zarenrubel = 240, 100 Damarubel = 4, 1 Sowjetrubel (Emission 1923) = 1750; Türkei: 1 türkisches Pfund = 214 000; Aegypten: 1 ägyptisches Pfund = 1 555 000; Britisch-Ostindien: 1 Rupie = 102 000; Britisch-Straits-Settlements: 1 Dollar = 176 000; Britisch-Hongkong: 1 Dollar = 169 000; China, Shanghai: 1 Tael (Silber) = 230 000; Persien: 1 Silberkran = 25 000; Argentinien: 1 Goldpeso = 257 000; Kanada: 1 kanadischer Dollar = 322 000; Chile: 1 Peso = 42 000; Mexiko: 1 Peso = 158 000; Peru: 1 peruanisches Pfund = 1 385 000; Uruguay: 1 Peso = 262 000.

## Waren und Märkte

### Neue Preisregelungen im Textilfach

Die Verbände der Damenwäsche, Weißwaren, Schürzen, Unterrock- und Kinderkleider-Fabrikanten haben, wie die Textil-Woche mitteilt, gemeinsam mit dem Reichsbund des Textil-Einzelhandels folgende Preiszuschläge festgesetzt: Für die vom 19.-25. 8. zur Ablieferung gelangenden Aufträge aus der Zeit vom 19.-25. 2. 6425%, 26. 2. bis 4. 3. 7049%, 5.-11. 3. 6362%, 12.-18. 3. 6730%, 19.-25. 3. 6034%, 26.-31. 3. 6948%, 1.-8. 4. 7304%, 9.-14. 4. 7209%, 15.-22. 4. 7196%, 23.-29. 4. 6346%, 30. 4. bis 6. 5. 5265%, 7.-13. 5. 4500%, 14.-20. 5. 4051%, 21.-27. 5. 3320%, 28. 5. bis 3. 6. 2709%, 4.-10. 6. 2354%, 11.-17. 6. 1981%, 18.-24. 6. 1579%, 25.-30. 6. 1024%.

Der Zentralverband Deutscher Korsettgroßfabrikanten hat laut Textil-Woche für die vom 19.-25. 8. zur Ablieferung gelangenden Aufträge aus der Zeit vom 1.-8. 4. 7262%, 9.-15. 4. 7207%, 16.-22. 4. 7196%, 23.-29. 4. 6346%, 30. 4. bis 6. 5. 5265%, 7.-13. 5. 4500%, 14.-20. 5. 4051%, 21.-27. 5. 3320%, 28. 5. bis 3. 6. 2709%, 4.-10. 6. 2354%, 11.-17. 6. 1981%, 18.-24. 6. 1579%, 25. 6. bis 1. 7. 1102%, 2.-6. 7. 1071% festgesetzt worden.

• 1. Erster Kohlenpreis — dann Kalipreis. Der Grund für die Hinausschiebung der Sitzung des Reichskalibrates in der über eine neue Preiserhöhung beraten werden soll, liegt lediglich darin, daß die letzte Kohlenpreiserhöhung nur als ein Provisorium betrachtet wird. Man will mit der Festsetzung der Kalipreise warten, bis die Kohlenpreise eine endgültige Festsetzung erfahren haben werden. Der Kalibratsrat war im Laufe des Juni und Juli durchaus befriedigend, im August allerdings ruhiger, doch läßt sich ein zutreffendes Bild vor Schluß des Monats über den Absatz noch nicht gewinnen.

• Neue Zuschläge für Wirkwaren. Der Verein Deutscher Wirkereien E. V. hat laut Konfektionär beschlossen, bis auf weiteres seine Preiszuschläge in den einzelnen Landesteilen auf Grund der Abmachungen mit den Arbeitnehmerverbänden, gesondert festzusetzen. Für das Norddeutsche Wirtschaftsgebiet, umfassend die Landesteile Mark Brandenburg und Schlesien, sowie die Gruppe Nord-West-Deutschland, ergeben sich ab 16. August folgende Preiszuschläge: Für Aufträge aus den Monaten Januar 10,240%, Februar 4300%, März/April 3125%, Mai 2425%, Juni 1475%, Juli 280%.

• Die Schlüsselzahl in der Veredelungsindustrie. Der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe hat, wie die Textil-Woche erfährt, mit Wirkung vom 20. August für alle Waren, die bis zum 8. August fertiggestellt sind, eine Schlüsselzahl von 1500 000 festgesetzt. Für alle Faktoren ab 9. August gilt die kursgeschickte Bezahlung mit der Schlüsselzahl von 1 Million bei einer Dollarbasis von 2 Millionen M. Für je 20 000 Punkte Dollarsteigerung erhöht sich der Rechnungsbetrag um 1 Prozent.

• Neue Preisberechnung in der elektrischen Industrie. Die Vereinigte Leitungsrahm G. m. b. H. teilt mit, daß mit Wirkung ab 1. August, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Zentralverbandes der deutsch-elektrotechnischen Industrie, bis auf weiteres, für die Umrechnung von Goldmark in Papiermark der New Yorker Schluß-Geldkurs zugrunde gelegt wird. Es ist demnach für alle Verkäufe

sowie für eingehende Zahlungen, der in der Morgenpresse bekanntgegebene Geldkurs maßgebend. Die Errechnung des Kupfer-Kilopreises findet nach demselben Kurs statt.

• Die Margarinepreise werden ab 21. August wieder heraufgesetzt auf 875 000 M. für die teuerste und 675 000 M. für die billigste Sorte.

• Kali. (Bericht von Rodrigo de Castro, Gebr. Dammann u. Co., Bankgeschäft, Hamburg, Neuwall 72.) Nach Wochen der Aufwärtsbewegung stand die Berichtswoche im Zeichen der Kursenkung. Die programmatischen Erklärungen des Kabinetts Stresemann gewannen nicht nur das Vertrauen einer starken Reichstagsmehrheit, sie bewirkten auch daß trotz des kommunistischen Versuchs, den Generalstreik in ganz Deutschland zu erklären, das Vertrauen in die deutsche Währung etwas geboben wurde und daß infolgedessen eine nicht unerhebliche Senkung der Devisenkurse eintrat. Parallel mit dieser Entwicklung senkten sich die Effektenkurse. Verschärft wurde das Effektenangebot durch die neu beschlossenen Steuern, über deren Ausmaß man sich vorher wohl nicht das richtige Bild gemacht hatte. Diese Steuern, die nach den Erklärungen vom Regierungstisch bewußt die Substanz treffen sollen, also nicht vom Einkommen getragen werden können, veranlaßten unmittelbar vor dem Stichtage, dem 15. August, viele Effektenbesitzer, zur Heranschaffung der für die Steuerzahlung notwendigen Mittel einen erheblichen Teil ihrer Effektenbestände zu veräußern und verschärften den Kursdruck. Wie weit die am 25. August neu zu zahlenden Steuern, insbesondere die sehr erhebliche Ruhrabgabe, den Markt beeinflussen werden, läßt sich noch nicht übersehen, zumal durch die neu eingetretene Aufwärtsbewegung der Devisenkurse, die um die Mitte der Berichtswoche plötzlich wieder einsetzte, ein neuer Unsicherheitsfaktor in den Markt getragen wurde. Am meisten wurden die schweren Werte getroffen. Wintershall und Glückauf-Sondershausen verloren 3 Milliarden, Burbach und Kaiseroda wurden mit 1 1/2 Milliarden weniger bewertet, Heiligengraba, Königshall, Wilhelmshall, Bergmannesgen erlitten einen Abschlag von ca. 1/2 Milliarde, Alexandershall Desdemona, Einigkeit, Hansa-Silberberg, Hugo, Salzünde, Siegfried-Giesen, Volkenroda waren mit 200-300 Millionen billiger zu erhalten. Die mittleren Werte, wie Felsenfeld, Friedrichroda, Hüpstedt, Rössing-Barnten, Sachsen-Weimar, Wilhelmshall-Oelsberg verloren ca. 50 Millionen, während die kleinen Kurse ziemlich unverändert blieben. Eine Ausnahme machten Neustadt-Kuxe, die fast ganz aus dem Markte verschwunden sind und nach denen unverändert Nachfrage bei ca. 5 Milliarden besteht. Der Aktienmarkt zeigte im Vergleich zum Kuxenmarkt keine erhebliche Veränderung. Mansfelder notierten nach vorübergehender starker Erhöhung unverändert mit ca. 6 Millionen, Krügershall sind unverändert mit ca. 5 Millionen zu haben, Adler und Halle-Kali bei 5,5 Millionen, Hannoversche Kali bei 9 Millionen; Niedersachsen notierten ca. 3,5 Mill., Ummendorf-Eilsleben ca. 2 Millionen. Auch die übrigen Werte zeigen nach stärkeren Schwankungen am Ende der Berichtswoche ungefähr den Kursstand der Vorwoche.

## Berliner Metallbörse vom 21. Aug.

Preis in Mark für 1 kg.		Aluminium		Zinn		Silber	
Elektrolytkupfer	150,70	115,700	Zinn, ungelöst	43,450000	60	620,000	60
Refinanzkupfer	125,100000	105,100000	Wetzstein	41,400000	38	400,000	38
Blat	140,400000	775,000000	Nickel	20,200000	278	300,000	278
Nickel (Vb.-Fr.)	740,770000	610,1070000	Antimon	610,500000	625	620,000	625
Platin	690,000000	775,000000	Silber für 1 gr.	37100,100000	135	140000	135
Au (Vb.-Fr.)	—	—	Platin p. gr.	—	—	—	—

London, 21. Aug. (WU) Metallmarkt.		In Lat. für d. engl. L. v. 1916 kg.			
Kupferkass	64—64,5	Nickel	120—120,5	Blat	24—24,5
do. 3 Monat	64,75—65,15	Zinn Kass	105,15—107,15	do. 3 Monat	24,25—24,5
do. Elektro	70—70,25	do. 3 Monat	107,15—109,15	Bleigehalt	34,9—34,6

## Amerikanischer Funkdienst

New York, 21. Aug. (WU) Funkdienst. (Kochdruck verboten).		Zuf. aus.		stund u.		10.00		10.50	
Kaffe loco	10,00	10,50	Elektrolyt	14—	14—	Druck. Blat	2—	2—	2—
Sophr.	7,00	8,11	Zinn loco	38,50	40,50	Zucker Gesamt	5,70	5,91	5,91
Doranz	7,50	7,62	Blat	6,02	6,12	Terrapin	26—	26—	26—
BRK	7,25	7,33	Zink	6,45	6,50	Terapentin	26,75	26,75	26,75
Kal	7,01	7,10	Eisen	25,30	25,50	K. Ort Baum	34,75	34,75	34,75
Jüll	—	7—	Wolframb	5,02	5,02	Wolfram rot	112—	111—	111—
Guano loco	25,50	25,25	Gehaltswt.	12—	12,12	Hart loco	112—	112—	112—
August	24,50	25,22	Talg	6,25	6,25	Wals loco	107,50	107,50	107,50
Septemb.	24,75	24,50	Bismut	10,50	11,00	Wald miede Fr.	8—	8—	8—
Oktober	24,25	24,49	Erzmetall	12,50	12,50	Alschel Fr.	3,50	3,50	3,50
November	24,25	24,25	Petrol. essenc	18,47	18,40	Getrieb. Engl.	1,5	1,5	1,5
Dezember	24,14	24,35	Antka	8,57	8,50	Kerolin	6—	6—	6—

Chicago, 21. Aug. (WU) Funkdienst. (Kochdruck verboten)		Roggen		Weizen		Erbsen		
Weizen Sept.	22,15	100—	Novmbr. Sept.	11,05	11,15	leicht miedr.	8,20	8,25
do. Okt.	104—	104,50	do. miedr. Sept.	11,15	11,20	schw. miedr.	8—	8,25
Mais Sept.	81,75	85,18	Pork	—	—	schw. miedr.	8—	8,25
do. Okt.	81,83	85—	Hippes Sept.	8,35	8,47	schw. miedr.	8—	8,25
Häfer Sept.	37,15	38,15	Speck miedr.	6—	6,12	Zaf. Chicago	7200	7200
do. Okt.	38,15	39,05	schw. miedr.	2—	2—	Westen	12200	12200
Roggen Sept.	67,75	67,80	—	—	—	—	—	—

## Wasserstandsbeobachtungen im Monat August

Wasser-Beob.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	Wasser-Beob.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.
Edelweiser	1,40	1,40	1,39	1,38	1,38	1,38	Stammheim	2,70	2,69	2,74	2,76	2,77	2,78	2,78
Reit	2,45	2,03	2,05	2,10	2,31	2,30	Stammheim	—	—	—	—	—	—	—
Wagen	2,29	2,31	2,10	2,30	2,51	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Stammheim	2,84	2,78	2,61	2,90	2,80	2,91	—	—	—	—	—	—	—	—
Reit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Edelweiser	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

## Mannheimer Wetterbericht v. 22. Aug. morgens 7 Uhr

Barometer 749,6 mm. Thermometer: 21,0 C. Niedrigste Temperatur nachts: 18,0 C. Höchste Temperatur gestern: 26,8 C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. Schwere: 2, Regen.

## Wassermassen des Rheins am 22. Aug. morgens 6 Uhr: 147 C

Gewässerver, Bräuer und Seifeger: Demfrei Dr. Goad, Mannheim; Dem-vol-Anzeiger, G. v. H. S., Mannheim, E. G. & L.

Redaktion: Hermann Deyme — Chefredakteur: Kurt Röhler. Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: i. V. Dr. Fritz Demmer; für das Praktikum: Dr. Fritz Demmer; für Kommunalpolitik: Richard Schöfberger; für Gericht und Sport: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Röhler; für Postfragen: Josef Hügel.



Schon Sie Wäsche und Hände und benutzen Sie stets Haushaltseife feurio mit 80% Fettgehalt

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.G.



